

gb.links

**Referendum
«Nein zu Steuermillionen
für den Flughafenausbau»**
Bitte Unterschriftenbogen
ganz oder teilweise ausgefüllt
jetzt zurücksenden. Merci!

Grünes Bündnis



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

- Integration statt Ausgrenzung
- Schluss mit dem Export von Kriegsmaterial
- «wir sind die schweiz»



Föderation Grüne Kanton Bern

Gemeinsam in die Zukunft

Den 15. Mai erwartete ich mit fast so viel Spannung wie den kantonalen Wahlsonntag vom 9. April. Werden sich die Mitglieder der Grünen Freien Liste (GFL) und des Grünen Bündnis (GB) für die Föderation «Grüne Kanton Bern» aussprechen? Der Entscheid bedeutete in jedem Fall eine zentrale Weichenstellung für die Perspektive der Grünen im Kanton Bern. Ein Zusammenschluss heisst auch Abschied nehmen von zwei kantonalen grünen Parteien und Aufbrechen in eine neue – auch noch etwas unbekannte – Zukunft. Die Hürde war zumindest bei der GFL sehr hoch. In der Urabstimmung mussten 75% der Stimmenden ja sagen. Ich war sehr zufrieden, als am 15. Mai um 20.30 Uhr bekannt wurde, dass sich die GFL-Mitglieder mit 78,8% für die Föderation ausgesprochen hatten. Beim GB fiel der Entscheid einige Minuten vorher an der Mitgliederversammlung einstimmig. Ich freue mich

sehr, dass die grosse Mehrheit der GFL- und GB-Mitglieder von der Idee überzeugt ist, gemeinsam an der Zukunft des Kantons Bern zu arbeiten.

Alle Mitglieder der grünen Orts- und Regionalparteien werden automatisch Mitglied der gemeinsamen Kantonalpartei Grüne Kanton Bern. Am 17. Oktober findet die erste Delegiertenversammlung statt. In den kommenden Wochen und Monaten sind wir daran, den Zusammenschluss organisatorisch umzusetzen: die beiden kantonalen Sekretariate werden zusammengeführt; eine neue Mitgliederzeitung und ein neuer Internetauftritt entstehen. Damit schaffen wir die beste Voraussetzung, um unsere sozialen und ökologischen Ideen für den Kanton Bern zu konkretisieren. Bereits sammeln wir Unterschriften gegen die Pistenverlängerung im Belpmoos und für die Initiative für mehr Tagesschulen. Und im Energiebereich werden wir unsere Idee von Minergie als Mindeststandard im

Gebäudebereich vorantreiben. An der Delegiertenversammlung werden wir schliesslich den Vorstand und das Präsidium der Grünen Kanton Bern bestimmen.

Für die bisherigen Mitglieder des Grünen Bündnis wird sich einiges ändern, vieles bleibt aber auch gleich: In der Stadt Bern gibt es das Grüne Bündnis nach wie vor. Ebenso die GFL. Das Föderationsmodell sieht ausdrücklich vor, dass an einem Ort auch zwei grüne Gruppierungen politisieren können. Und in der Stadt Bern zahlte sich dies bisher aus. Mit einem Stimmenanteil von 29,7% stiegen die Grünen bei den kantonalen Wahlen zur stärksten politischen Kraft der Stadt Bern auf. Bei einem derart grossen Stimmenanteil ergänzen sich zwei Gruppierungen ideal. Das GB wird sich weiterhin für mehr Lebensqualität in der Stadt einsetzen. Wir engagieren uns für sozialen Wohnungsbau und autofreie Quartiere. Wir verlangen von den städtischen Energiewerken weiterhin auf die Erhöhung der Grimsel-Stau-

mauer zu verzichten und jede Kilowattstunde effizient zu nutzen. Mit einem guten Betreuungsangebot für Kinder bringen wir die Gleichstellung ein gutes Stück voran.

Und noch etwas: Mitglieder sind das Fundament jedes Vereins und jeder Partei. Das ist beim Grünen Bündnis der Stadt Bern nicht anders. Je mehr Mitglieder das GB hat, desto besser können wir unsere ökologische, soziale und frauenbewegte Politik im Kanton Bern und in der Stadt Bern einbringen. Darum: Jetzt ist ein guter Moment für alle SympathisantInnen des Grünen Bündnis, Mitglied zu werden – per E-mail an sekretariat@gbbern.ch, telefonisch unter 031 301 82 09 oder auf www.gbbern.ch. Herzlichen Dank an alle für die Unterstützung!

Franziska Teuscher
Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern

AZB 3000 Bern 1
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

● Do, 6.7., 20 Uhr, Kornhausforum Bern. Roundtable-Gespräch zum Thema «**5 Jahre Gleichstellungsstelle an der Berner Fachhochschule**». VertreterInnen aus Wirtschaft und Politik (u. a. Regula Rytz) diskutieren die Frage, welchen Nutzen die Gleichstellungsarbeit an den Fachhochschulen für die Wirtschaft und Verwaltung bringt. Weitere Infos unter www.bfh.ch/Services -> Gleichstellung

Vorankündigungen – 2 Veranstaltungen zur integrativen Schule:

- Sa, 26.8., (evtl. 19.8), Vormittag. «**Die integrative Schule ist möglich.**» Diskussion über Vorbilder und Modelle mit Lehrkräften, Eltern und BildungsexpertInnen.
- Di, 19.9. (evtl. Do, 21.9.). «**Schule ohne Ausgrenzung – vertragen sich Selektion**

und Integration?» Abend-Podium mit PolitikerInnen. Weitere Informationen: bildung@gbbern.ch

gb.tipp



Schweizweite Grossdemo Samstag, 17. Juni 2006 (Flüchtlingstag) 14 Uhr, Waisenhausplatz Bern

Schluss mit Fremdenfeindlichkeit. 2 x Nein zu Asyl- und AusländerInnengesetz.

Wir alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz, unabhängig von unserer Herkunft, unserem Pass und unserem Aufenthaltsstatus.

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte **SympathisantIn** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Impressum
Redaktionsschluss gb.links
6/2006: 3. August.
Redaktion: Anne Wegmüller,
Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft
Widerdruck, Bern. Lithos:
Genossenschaft Graphix, Bern.

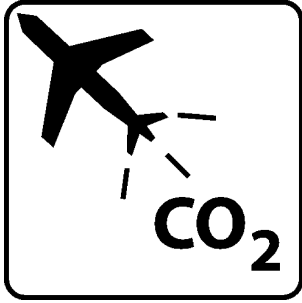
gb.bewegt

Frauenpolitik
Montag, 28. August, 19 Uhr,
GB-Sekretariat
Ökologie
Montag, 3. Juli, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Kontakt: Martin Wälchli,
internationales-migration@gbbern.ch
Bildung
Montag, 19. Juni, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Nationale Politik
Kontakt: Anne Wegmüller,
Tel. 031 301 82 09
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 21. Juni, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

«Nein zu Steuermillionen für den Flughafenausbau»



Keine Steuermillionen für mehr Lärm und CO₂.

Am 23. März beschloss der Grosse Rat des Kantons Bern mit 124 gegen 46 Stimmen, dem Flughafen Bern-Belp 3 Mio. Franken für die Pistenerverlängerung Süd zu bezahlen. Am 24. April lancierte das Komitee «Nein zu Steuermillionen für den Flughafenausbau» das Referendum gegen diesen Kreditbeschluss. Das Grüne Bündnis, die Grüne Freie Liste, bzw. die Föderation der Grünen Kanton Bern, die SP und JUSO, der VCS, der WWF, die VgF und der Hausverein sowie die Junge Alternative JA!, die Grüne Partei Bern und Läubigen Stadt unterstützen das Referendum. Das Referendumskomitee lehnt den Kredit aus ordnungspolitischen, finanziellen und ökologischen Gründen ab.

Keine staatliche Unterstützung des Flughafens

Der Flughafen könnte die Pistenerverlängerung Süd, gestützt auf die Bewilligung des

Bundes, bauen. Da der Flugverkehr seit 2001 stark rückläufig ist, fehlt ihm jedoch das nötige Geld für den Ausbau. Und hier soll nun gemäss Beschluss des Grossen Rates kurzer Hand der Kanton einspringen. Damit geht es beim fraglichen Kredit einmal mehr um die Grundsatzfrage, ob der Kanton den Flughafen, und neuerdings insbesondere auch Ferienflüge, finanziell unterstützen soll. Die Stimmberechtigten haben solche Begehren bereits mehrmals deutlich verworfen. Sie sollen auch diesmal darüber entscheiden können. Das Referendumskomitee sieht keinen Grund, von der langjährigen und gut begründeten Praxis der Nicht-Subventionierung abzuweichen.

Geld für Tourismusprojekte vor Ort statt für eine private Flughafenanlage

Die Millionen für den Pistenerausbau müssten gleichzeitig im Tourismusbereich wieder eingespart werden. Das Geld stünde für die Unterstützung von Tourismusprojekten vor Ort nicht mehr zur Verfügung. Die Attraktivität des Berner Oberlandes als Feriendestination sollte jedoch weiterhin gezielt mit der Unterstützung lokaler Tourismusprojekte und einer guten Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr gefördert werden. Die SkitouristInnen, die in diesem Winter über Bern-Belp ins Oberland gelangten, können zudem weiterhin kommen. Ihre Flüge wurden im Einklang mit den neuen Sicherheitsanforderungen auf der bereits nach Norden verlängerten Piste abgewickelt. Die meisten ausländischen TouristInnen reisen überdies über andere Flughäfen und den öffentlichen Bahn- und Busverkehr ins Berner Oberland.

Keine staatliche Finanzierung von mehr Fluglärm

Der Linien- und Charterverkehr führt in der Region Bern über dicht besiedelte Wohngebiete. Bei einem rentablen Flugbetrieb könnten mit der Pistenerverlängerung erheblich mehr Flugbewegungen ausgeführt und grössere Flugzeuge und Jets eingesetzt werden, mit entsprechenden Lärmfolgen. In bestimmten Gebieten könnten längerfristig nicht mehr sämtliche Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Der Kanton soll Fluglärm nicht mitfinanzieren! Die Bernische Kantonsverfassung verpflichtet ihn, «für eine umweltgerechte Verkehrsordnung zu sorgen und das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern» (Art. 34 KV). Flugzeuge gehören unbestritten zu jenen Verkehrsmitteln, welche die Umwelt mit Lärm und Abgasen am meisten belasten. Rund ein Fünftel der klimaschädigenden Abgase in der Schweiz stammen vom Flugverkehr, Tendenz steigend. Die Kosten für den Flugverkehr sind deshalb konsequent von den FlugpassagierInnen zu bezahlen und die knappen Kantonsmittel sind gezielt in umweltfreundliche Verkehrsmittel und eine aktive Klimapolitik zu investieren.

Sammelaktionen

Es braucht noch Engagement, damit das Referendum zustande kommt. Jede Unterschrift zählt. Referendumsunterlagen und Hinweise auf Sammelaktionen erhalten Sie unter www.flughafenausbau.ch oder über Tel. 031 961 00 34. Spenden sind willkommen auf PC 60-399887-3. Vielen Dank!

Liz Fischli-Giesser, Geschäftsführerin VgF, Mitglied Co-Präsidium Referendumskomitee



Schluss mit dem Export von Kriegsmaterial!

In den letzten Monaten hat sich einmal mehr bestätigt, was eigentlich schon lange bekannt ist: Die Schweizer Exportpolitik für Kriegsmaterial ist skandalös! Im Sommer 2005 kündigte der Bundesrat an, dass alte Schweizer Schützenpanzer in den Irak und nach Pakistan geliefert werden sollten. Damit kam der Bundesrat einem Wunsch der USA nach, welche die irakischen Truppen besser ausrüsten wollen. Auch die Panzer für Pakistan wären im Irak gelandet – nachdem sie in einer pakistanischen Rüstungsfirma in Stand gestellt worden wären. Der öffentliche Widerstand gegen diese beiden Geschäfte blieb nicht wirkungslos – der Bundesrat teilte im vergangenen Winter mit, die Geschäfte seien gescheitert. Soweit so gut. Doch mit dem bundesrätlichen Entscheid von Mitte März ist nun wieder alles offen: Altes Kriegsmaterial soll künftig an das Herstellerland zurückgeschickt werden – ohne jede Auflage bezüglich der Weiterverwendung. Die alten Schützenpanzer – ein us-amerikanisches Produkt – könnten so via die USA doch noch in den Irak gelangen. Das aktuell gültige Gesetz ist also ungenügend. Nur ein generelles Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial bietet Gewähr dafür, dass kein Schweizer Kriegsmaterial in Konflikten eingesetzt wird. Das ist auch der Inhalt der Initiative, welche noch diesen Sommer von einem breiten friedenspolitischen Bündnis gestartet wird.

Reto Moosmann, GSoA-Sekretär

Bogen können ab sofort bei der GSoA bestellt werden (bern@gsoa.ch, Tel. 031 301 82 09, www.gsoa.ch)

gb.gratulation



Die GB-Politikerin **Ursula Lüthy** wird neu im Kleinen Gemeinderat von Ostermundigen Einsitz nehmen. Wir gratulieren Ursula ganz herzlich und wünschen ihr für die neue Herausforderung in der Exekutive alles Gute.

gb.referendum

Grundrechte gelten auch für Fussballfans

Gewalt an Sportveranstaltungen gibt es und sie ist untolerierbar. Aber um gegen Gruppen vorzugehen, die Straftaten begehen, genügt das bestehende Strafrecht. Das Parlament hat das sogenannte «Hooligan»-Gesetz beschlossen, obwohl der Bund für polizeiliche Zwangsmassnahmen keine Zuständigkeit hat. Das Gesetz ist damit verfassungswidrig. Das Gesetz ermöglicht u. a. die Einrichtung einer Datenbank, in der Personen auf den blossen Verdacht hin gespeichert werden können. Die Unschuldsvermutung – ein wesentlicher Stützpfeiler eines jeden Rechtsstaates – würde ausser Kraft gesetzt. Für das GB ist die Wahrung der Grundrechte ein hohes Gut. Diese dürfen nicht unter dem Vorwand der berechtigten Bekämpfung von Gewalttätern ausser Kraft gesetzt werden. Darum bitte das Referendum unterzeichnen und abschicken.

gb.gleichstellung

Jede fünfte Migrantin in Bern zwischen 15 und 24 Jahren findet keine Stelle oder keinen Ausbildungsplatz. Auf dem Arbeitsmarkt werden sie sowohl als Frauen, als auch als Migrantinnen massiv diskriminiert. Dies ist ein Beispiel aus der Broschüre «**facts & figures**» über den Stand der Gleichstellung in der Stadt Bern, welche das GB bereits 2000 mit einem Vorstoss gefordert hat. Die Broschüre ist nun zum 10. Geburtstag der städtischen Fachstelle für die Gleichstellung erschienen. Sie zeigt auf, dass trotz Erfolgen in verschiedenen Bereichen weiterhin Handlungsbedarf besteht. Darum fordert das GB einen «Aktionsplan Gleichstellung» für die Stadt Bern, wo die Prioritäten und Umsetzungsinstrumente für die Gleichstellungsarbeit der Zukunft konkretisiert werden.

Die Broschüre: «facts & figures». Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern (2006) kann bei der Fachstelle Gleichstellung bestellt werden: gleichstellung@bern.ch, Tel. 031 321 62 99.

Umfassende Integration statt Ausgrenzung

Integrationspolitische Leitlinien

Schon wieder ein Integrationspapier, ja, denn das GB nimmt die Tatsache ernst, dass sich nach vielen Jahren Integrationsanstrengungen zeigt, dass Diskriminierungen Alltag sind. Die Stadt hat wenig Spielraum, das spüren wir in der politischen Arbeit deutlich. Dennoch ist sie eine wichtige Akteurin. Das hat die AG Migration dazu veranlasst, Diskriminierungen aufzuspüren und Ansätze für die Verbesserung der Lebensbedingungen nicht einheimischer MitbewohnerInnen zu suchen.

Auch aus einer Grundrechtsperspektive sind Leitsätze zu Integration nötiger denn je. Die Aufladung von Alltagsproblemen zu Kulturkonflikten nimmt zu, ebenso die Politisierung von strafrechtlich fassbaren Abweichungen. Die Verschärfungen im Ausländerrecht werden mittels gezielter Inszenierung des Kulturfremden verschleiert, überall schleichen sich Ungleichheiten ein, die in der Öffentlichkeit als selbstverständlich und berechtigt wahrgenommen werden.

Integration scheint nur noch dann nach Steuerung zu verlangen, wenn es um Ausgrenzung geht, eine negative Strategie, die von der Tatsache ablenkt, dass MigrantInnen bei uns oft unter erschwerten Bedingungen leben müssen und die Integrationsbemühungen viel Mut und Ressourcen fressen. Mit unserem Leitpapier wollen wir diese Tendenz aufhalten und einmal mehr daran erinnern, dass Migration stattfindet. Dass viele Folgen von Migration durchaus erwünscht sind und dass es sich schon nur



deshalb lohnt, alles zu unternehmen, damit die Anwesenheit von so genannt unpassenden MigrantInnen nicht als Irritationen, sondern als Tatsache ernst genommen und menschenrechtskonform agiert wird. Die Stadt ist gefordert, auch der Kanton, darum haben wir in unserem Papier gleich auch einige Handlungsschritte entworfen.

- Wirtschaftliche Integration heisst beispielsweise, dass die Arbeitgebenden weniger bürokratische Hürden haben, oder dass MigrantInnen – zum Beispiel nachgezogene Frauen – ihre im Herkunftsland erworbenen Ressourcen einsetzen können.
- Soziale Integration heisst beispielsweise, dass Sozialhilfe für MigrantInnen professionell und ohne ausgrenzende Sonderbehandlung erfolgt und dass sozialversicherungsrechtliche Ungleichbehandlungen von MigrantInnen nicht toleriert werden.
- Schulische Integration heisst zum Beispiel, dass die Schule genügend Ressourcen hat, um den Anforderungen einer von vielfältigsten Lebensweisen geprägten

Gesellschaft gerecht zu werden und dass die Sprachen der MigrantInnen nicht nur als Muttersprachekurs ausserhalb des Lehrplans (HSK), sondern als allen zugängliches Freifach angeboten werden.

- Rechtliche Integration heisst für uns mitbestimmung, also AusländerInnenstimm- und Wahlrecht.

Hier zu sein ist ein Recht, die Anwesenheit ist nicht die Schuld der MigrantInnen. Das GB dreht die Beweislast um: Statt eine Ausgrenzungspolitik, die nur darauf abzielt, Integrationsdefizite zu suchen, vertritt das GB mit dem Leitpapier eine umfassende Integrationspolitik, mit welcher die Alltagsbedingungen der unter uns lebenden MigrantInnen erleichtert werden können.

Annemarie Sancar, AG Internationales und Migration

Positionspapier Integrationspolitik: Grundsätze und Handlungsmöglichkeiten siehe unter www.gbbern.ch/Positionen/2006 oder bestellen unter Tel. 031 301 82 09.

gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne

**Referendum
«Nein zu Steuermillionen
für den Flughafenausbau»**
Bitte Unterschriftenbogen
ganz oder teilweise ausgefüllt
jetzt zurücksenden. Merci!

Grünes Bündnis



**GRÜNE BIEL
LES VERTS BIENNE**

Grüne Biel
Les Verts Bienne
PF/cp 665
2500 Biel/Bienne
www.gruene-biel.ch
www.les-verts-bienne.ch
PC/ccp 30-789079-6

Föderation Grüne Kanton Bern

Gemeinsam in die Zukunft

sehr, dass die grosse Mehrheit der GFL- und GB-Mitglieder von der Idee überzeugt ist, gemeinsam an der Zukunft des Kantons Bern zu arbeiten.

Alle Mitglieder der grünen Orts- und Regionalparteien werden automatisch Mitglied der gemeinsamen Kantonalpartei Grüne Kanton Bern. Am 17. Oktober findet die erste Delegiertenversammlung statt. In den kommenden Wochen und Monaten sind wir daran, den Zusammenschluss organisatorisch umzusetzen: die beiden kantonalen Sekretariate werden zusammengeführt, die Adressdateien zusammengelegt; eine neue Mitgliederzeitung und ein neuer Internetauftritt entstehen. Damit schaffen wir die beste Voraussetzung, um unsere sozialen und ökologischen Ideen für den Kanton Bern zu konkretisieren. Bereits sammeln wir Unterschriften gegen die Pistenverlängerung im Belpmoos und für die Initiative für mehr Tagesschulen. Und im Energiebereich werden wir unsere Idee von Minergie als Mindeststandard im

Gebäudebereich vorantreiben. An der Delegiertenversammlung werden wir schliesslich den Vorstand und das Präsidium der Grünen Kanton Bern bestimmen.

Für die bisherigen Mitglieder des Grünen Bündnis wird sich einiges ändern, vieles bleibt aber auch gleich: In der Stadt Bern gibt es das Grüne Bündnis nach wie vor. Ebenso die GFL. Das Föderationsmodell sieht ausdrücklich vor, dass an einem Ort auch zwei grüne Gruppierungen politisieren können. Und in der Stadt Bern zahlte sich dies bisher aus. Mit einem Stimmenanteil von 29,7% stiegen die Grünen bei den kantonalen Wahlen zur stärksten politischen Kraft der Stadt Bern auf. Bei einem derart grossen Stimmenanteil ergänzen sich zwei Gruppierungen ideal. Das GB wird sich weiterhin für mehr Lebensqualität in der Stadt einsetzen. Wir engagieren uns für sozialen Wohnungsbau und autofreie Quartiere. Wir verlangen von den städtischen Energiewerken weiterhin auf die Erhöhung der Grimsel-Stau-

mauer zu verzichten und jede Kilowattstunde effizient zu nutzen. Mit einem guten Betreuungsangebot für Kinder bringen wir die Gleichstellung ein gutes Stück voran.

Und noch etwas: Mitglieder sind das Fundament jedes Vereins und jeder Partei. Das ist beim Grünen Bündnis der Stadt Bern nicht anders. Je mehr Mitglieder das GB hat, desto besser können wir unsere ökologische, soziale und frauenbewegte Politik im Kanton Bern und in der Stadt Bern einbringen. Darum: Jetzt ist ein guter Moment für alle SympathisantInnen des Grünen Bündnis, Mitglied zu werden – per E-mail an sekretariat@gbbern.ch, telefonisch unter 031 301 82 09 oder auf www.gbbern.ch. Herzlichen Dank an alle für die Unterstützung!

Franziska Teuscher
Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern

Den 15. Mai erwartete ich mit fast so viel Spannung wie den kantonalen Wahlsonntag vom 9. April. Werden sich die Mitglieder der Grünen Freien Liste (GFL) und des Grünen Bündnis (GB) für die Föderation «Grüne Kanton Bern» aussprechen? Der Entscheid bedeutete in jedem Fall eine zentrale Weichenstellung für die Perspektive der Grünen im Kanton Bern. Ein Zusammenschluss heisst auch Abschied nehmen von zwei kantonalen grünen Parteien und Aufbrechen in eine neue – auch noch etwas unbekannte – Zukunft. Die Hürde war zumindest bei der GFL sehr hoch. In der Urabstimmung mussten 75% der Stimmenden ja sagen. Ich war sehr zufrieden, als am 15. Mai um 20.30 Uhr bekannt wurde, dass sich die GFL-Mitglieder mit 78,8% für die Föderation ausgesprochen hatten. Beim GB fiel der Entscheid einige Minuten vorher an der Mitgliederversammlung einstimmig. Ich freue mich

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

○ Je m'intéresse à
Grüne Biel Les Verts Bienne.
Veuillez me contacter.

Grüne Biel Les Verts Bienne
cp/PF 665
2500 Biel/Bienne

Impressum

Rédaction: Bettina Epper.
Impression: Widerdruck, Berne.
Lithos: Graphix, Berne.

Die Revision des neuen Schulreglements in Biel

Viel Zündstoff und Spannungen

Nach der Totalrevision der Schulordnung will der welsche Gemeinderat Pierre-Yves Moeschler diese schon wieder revidieren. Was ist passiert? Alain Pichard, Lehrer in Biel und Mitglied der Grünen, über verpasste und gleichwohl noch vorhandene Chancen.

Als Schuldirektor Moeschler vor sieben Jahren die Totalrevision der neuen Schulordnung in Angriff nahm, stellte er die Weichen von Anfang an falsch. Er stellte die falschen Fragen und engagierte den falschen Projektleiter. Für Pierre-Yves Moeschler ging es vor allem um die Zahl der Schulkommissionen. Sein Direktionssekretär, Urs Zysset, vergab den Auftrag an Markus Waldvogel, Gymnasiallehrer in Biel und im Nebenamt Leiter des Büro Pantanis, einem sogenannten Philosophie-Think-Tank... Von Schulorganisation und den neuen Trends in der Schulentwicklung hatte Herr Waldvogel wenig Ahnung und so trat im Jahre 2000 ein Schulreglement in Kraft, das den überholungsbedürftigen Status quo festschrieb. Filz einmal von Links...

Sechs Jahre später sorgt das kleine Thun nicht nur im Fussball für Furore. Das Schulamt engagierte den renommierten Erziehungswissenschaftler und Schulorganisator

Anton Strittmatter und bat ihn, bei der Revision der Schulordnung mitzuhelfen. Dank Herrn Strittmatter und klugen Köpfen in der Verwaltung wurden die richtigen Fragen gestellt. Die neue Thuner Schulordnung beantwortete die anstehenden Fragen radikal.

Der Trend in der Schulentwicklung geht angesichts der rasanten gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen in eine Richtung: mehr Autonomie für die Schulen, mehr Kompetenzen für die Schulleitungen, Professionalisierung in der Schulaufsicht und Globalbudgets. In der Stadt Thun gibt es für die gesamte Volksschule nur noch eine Schulkommission. Die Mitglieder dieser Schulkommission werden viel besser entschädigt. Die Schulleitungen erhalten weitgehende Kompetenzen. Fortan können sie das Personal selber anstellen, entlassen oder versetzen, sie verfügen über eigene Budgetposten, Schullaufbahntscheide werden dort entschieden, wo sie auch hingehören, nämlich in die LehrerInnenkonferenz. Die pädagogische Aufsicht liegt klar bei der Schulleitung.

Und die Schulkommissionen? Sie stellen die SchulleiterInnen an, sie amten als Rekursstelle, organisieren in schwerwiegenden Disziplinarfällen den juristischen Ablauf.

All das wäre vor sechs Jahren auch in Biel möglich gewesen. Aber Biel ist eine linke und eine zweisprachige Stadt. Der linke und welsche Schuldirektor Moeschler wollte damals wie seine welschen und linken MitbürgerInnen eine einheitliche Schulordnung, die für beide Sprachen gilt. Schulautonomie, Globalbudget, Wettbewerb unter den Schulen, Schulleiter, welche Kompetenzen bei der Personalführung erhalten sollen? Das alles sind keine linken Postulate und schon gar keine welschen. Links und welsch fürchten diese Entwicklung wie der Teufel das Weihwasser. Für sie sind diese Reformen der Anfang der Privatisierung der Schule.

Fachleute im Bildungsbereich, viele SchulleiterInnen und auch viele Lehrkräfte sehen dies anders. Sie wissen um die Probleme, denen sich die Schule ausgesetzt sieht und sie wissen auch, dass die heutigen Strukturen nicht geeignet sind, um diesen Problemen wirkungsvoll zu begegnen. Sie sagen, dass diese Reformen nicht der Anfang der Privatisierung seien. Im Gegenteil, wenn man auf sie verzichtet, wäre die Privatisierung unausweichlich.

Thun ist voran gegangen und bekam von der Erziehungsdirektion grünes Licht. Es ist an Biel, jetzt nachzuziehen. Einen Schritt in die richtige Richtung hat Pierre-Yves Moeschler gemacht. Er stellte für diese neue Bieler Teilrevision der Schulordnung Anton Strittmatter an. Alain Pichard

gb.bewegt | agir

Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

Groupe de travail Questions sociales, intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne
Urs Scheuss
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne
Tel. 032 322 13 31
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch